

Gas Mangellage: Entspannung durch Gas aus Aserbaidschan?

geschrieben von AR Göhring | 28. Januar 2026

Die von den Kabinetten Schröder und Merkel geschmiedete Erdgas-Allianz zwischen Deutschland und Rußland wird aus politischen Gründen nicht weitergeführt. Stattdessen wurde nun ein Vertrag mit dem alles andere als unumstrittenen Aserbaidschan geschlossen, das kürzlich mehrere Angriffskriege auf Armenien führte.

In Deutschland und Österreich herrscht derzeit eine Gas Mangellage. Die glückliche Schweiz kann noch auf Kernkraftwerke zurückgreifen. Wobei nun auch Felix Austria Zugriff auf den bundesdeutschen Gasspeicher Haidach hat, der auf österreichischem Gebiet bei Salzburg liegt, aber bislang nur das angrenzende Bayern versorgte (Fritz Vahrenholt berichtete, siehe Video unten).

Da das per Schiff gelieferte US-LNG-Gas sehr teuer ist und Lieferanten wie Norwegen, Nederland und Belgien nur begrenzt liefern können, wird nun der ehemalige Großlieferant Rußland geografisch umgangen und das Öl- und Gas-Land Aserbaidschan hinzugezogen. Der kriegerische Staat liegt im Kaukasus – wie geht das?

Ganz un-einfach: Über die Transadria-Pipeline (TAP), die, wie t-online berichtet,

von der griechisch-türkischen Grenze durch Griechenland und Albanien nach Südtalien führt.

Und dann durch die Apeninn-Halbinsel über die Alpen bis nach Deutschland. Der staatliche aserische Konzern SOCAR liefert nun im Jahr 1,5 Milliarden Kubikmeter Methangas. Auch das glückliche Österreich soll eine Milliarde kubikm bekommen.

Die gesamten Gasexporte Aserbaidschans nach Europa beliefen sich im Jahr 2025 auf 12,8 Milliarden Kubikmeter.

so t-online.

Unser Referent Fritz Vahrenholt zur Gas Mangellage in Österreich und Deutschland:

Klima-Kreuzzug in UK führt in ein ökonomisches Desaster

geschrieben von Chris Frey | 28. Januar 2026

Vijay Jayaraj

Dieser Beitrag sollte eine eindringliche Warnung an unser Land sein! A. d. Übers.

Hier wird erklärt, wie die Klimapolitik Großbritanniens die Strompreise in die Höhe getrieben, die Industrie geschwächt und britischen Familien in echte wirtschaftliche Not gebracht hat.

Wie die Klimapolitik Großbritanniens den Wohlstand untergräbt

In Europa bahnt sich eine selbstverschuldete Katastrophe an. Einer der engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten, UK, hat seinen Reichtum an Energievorkommen und seine industrielle Leistungsfähigkeit aufgegeben.

Dieser Niedergang ist nicht das Ergebnis eines Mangels an Kapital, technologischen Kapazitäten oder natürlichen Ressourcen. Vielmehr ist er die Folge einer ideologisch motivierten Klimapolitik, die „grüne“ Symbolik über die technische Realität gestellt hat.

Seit Jahren brüsten sich Politiker mit der „weltweit führenden“ Kapazität von UK im Bereich erneuerbare Energien. Sie präsentieren Statistiken, aus denen hervorgeht, dass Wind- und Solarenergie den größten Teil des Stroms erzeugen, und ignorieren dabei geflissentlich, dass dies nur dann der Fall ist, wenn der Wind weht und die Sonne scheint.

Wenn die „grüne“ Stromerzeugung nicht funktioniert, zahlen die britischen Steuerzahler für Erdgas-Kraftwerke, um die stillgelegten Anlagen zu ersetzen und das Stromnetz zu stabilisieren. Sie zahlen auch „Einschränkungs Zahlungen“, um Windkraftanlagen abzuschalten, wenn es zu windig ist, um sie zu betreiben.

Die versteckten Kosten hinter „günstiger“ erneuerbarer Energie

Das ist die große Täuschung der Kennzahl „Levelized Cost of Energy“ (LCOE), welche die Umweltlobby so gerne zitiert. Die LCOE berücksichtigt nicht die enormen **Kosten** für Netzausgleich, Notstromversorgung, Einspeisevergütungen, Ausbau der Übertragungsnetze und Subventionen – allesamt erforderlich, um den grünen Schein aufrechtzuerhalten.

Steigende Energie-Preise und zunehmende Energie-Armut

In der realen Welt – in der Rechnungen bezahlt werden müssen – hat Großbritannien für sich selbst einige der höchsten Strompreise der Welt geschaffen, die bis zu **viermal** so hoch sind wie in den Vereinigten Staaten. Ein Drittel der Schotten lebt in Energiearmut. Die tatsächlichen Kosten werden jedoch nie in den Hochglanzdiagrammen angezeigt, die manipulierte Daten verwenden, um Wind- und Solarenergie als günstig darzustellen.

Die Preisobergrenzen der britischen Regulierungsbehörde für Gas- und Strommärkte dominieren derzeit die Gespräche in den Haushalten, was durch die jedes Jahr im Winter auftretende Unsicherheit hinsichtlich der Lebensweise noch verstärkt wird. „Heizen oder essen“ ist nicht mehr nur ein Slogan, sondern gelebte Realität. Großbritannien, einst treibende Kraft der industriellen Revolution, hat seinen Bürgern auf beschämende Weise Energiearmut auferlegt. Familien rationieren ihre Wärme, während Politiker Dekarbonisierungsziele feiern.

Ein Leser berichtete der britischen Zeitung „The **Independent**“, dass er nur einen einzigen Raum mit einem Holzofen heizt und damit 200 Jahre später den Lebensstandard des 19. Jahrhunderts nachahmt. Das ist die „grüne industrielle Revolution“, die von ahnungslosen Energiepolitikern versprochen wird.

Und wozu? Damit Großbritannien seinen vernachlässigbaren Beitrag zu den globalen Emissionen von harmlosem Kohlendioxid reduzieren kann. Unterdessen bauen China und Indien Kohlekraftwerke, um die Produktion mit Energie zu versorgen, die von denen, die die britische Industriemacht verspielt haben, in diese Länder exportiert wird.

Wie die Klimapolitik von UK die Deindustrialisierung vorantreibt

Die Hersteller haben kaum eine andere Wahl, als das Land zu verlassen, wenn eine „Kohlenstoffsteuer“ und strenge Vorschriften für Kohlendioxidemissionen die Energiekosten künstlich in die Höhe treiben. Die Stahlhersteller sind am Boden zerstört, sind diese doch mit Energiekosten konfrontiert, die um Milliarden gestiegen sind, wodurch britischer Stahl gegenüber ausländischen Konkurrenten ohne dieses Netto-Null-Dogma nicht mehr wettbewerbsfähig ist.

Die Selbst-Zerstörung der britischen Energie-Unabhängigkeit

Nirgendwo ist dieser Wahnsinn so offensichtlich wie in der Nordsee. Jahrzehntlang waren Offshore-Öl und Erdgas die Kronjuwelen der britischen Wirtschaft und lieferten günstige, zuverlässige Energie und Einnahmen zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen.

Heute wird diese Ressource auf dem Altar der Klimatheologie geopfert.

Die [Strafsteuern](#) des Premierministers und seine Weigerung, neue Lizenzen zu erteilen, haben die Energiegewinnung in der Nordsee praktisch zum Erliegen gebracht. Investoren sind geflohen. Bohrinnseln werden stillgelegt. Tausende qualifizierte Arbeitsplätze gehen verloren.

Norwegens Energiepolitik zeigt, was Großbritannien hätte erreichen können

Vergleichen Sie dies mit dem britischen Nachbarland Norwegen, das weiterhin Öl und Erdgas aus dem Meer fördert und an globale Kunden, darunter auch Großbritannien, verkauft. Während Großbritannien seine Energie-Souveränität aufgibt, um Gruppen wie Extinction Rebellion zu beschwichtigen, bereichert Norwegen seine Bürger und finanziert seinen Staatsfonds.

Der Kontrast ist demütigend. Großbritannien importierte 2024 über 50 % seines Erdgasbedarfs aus Norwegen.

Die Apologeten dieses britischen Zusammenbruchs verweisen auf alles andere als die Wahrheit. Sie geben dem Brexit und dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine die Schuld. Sie machen eine „globale Rezession“ verantwortlich und tun so, als sei die Deindustrialisierung Großbritanniens kein Ausreißer. Der grundlegende Grund für den Zusammenbruch ist jedoch die „grüne“ Agenda, die seit 20 Jahren von der politischen Elite verfolgt wird.

Es war ein Versagen beider politischer Parteien. Die Konservativen jagten den „grünen Wählerstimmen“ hinterher, indem sie Fracking [verboten](#) und Diesel verteuerten. Die Labour-Partei legte mit Netto-Null-Vorgaben nach, die den Gesetzen der Physik und Wirtschaft widersprechen. Sie bauten ein Netz auf, das wetteranfällig und für die Nutzer teuer ist.

Ein grüner Kreuzzug, der eine reale Wirtschaftskrise auslöst

Ein Kreuzzug zur Vermeidung einer imaginären Klima-Katastrophe in der Zukunft hat in der Gegenwart zu einer sehr realen wirtschaftlichen Katastrophe geführt.

Dieser Kommentar wurde erstmals am 21. Januar bei [RealClear Markets](#) veröffentlicht. Die Redaktion hat zur besseren Lesbarkeit Unterüberschriften hinzugefügt.

Vijay Jayaraj

Vijay Jayaraj ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der [CO2 Coalition](#) in Fairfax, Virginia. Er hat einen Master of Science in Umweltwissenschaften von der University of East Anglia und einen Postgraduiertenabschluss in Energiemanagement von der Robert Gordon University, beide in Großbritannien, sowie einen Bachelor-Abschluss in

Ingenieurwissenschaften von der Anna University in Indien. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Changing Oceans Research Unit an der University of British Columbia in Kanada tätig.

Vielleicht eine Überschrift

Beispiel: Einige Menschen sind jedoch laut Lindzen so sehr darauf fixiert, den Klimawandel und die CO₂-Reduzierung voranzutreiben, dass sie völlig übertreiben. „Sie zeigen diese Temperaturkurve. Und ich glaube, sie merken, dass die Leute sagen: ‚Ihr zeichnet das so (mit einem steilen Anstieg – HS), aber das ist nur ein Grad. Das ist nicht viel.‘ Und sie machen sich Sorgen: Das beunruhigt die Menschen nicht genug. Also sagen sie: Nun, wenn man ihnen eine Überschwemmung zeigt, ihnen einen Sturm zeigt, wäre das visuell überzeugend“, sagt er. Und zufällig gibt es immer Orte auf der Erde, die unter extremen Wetterbedingungen leiden, wie sie nur einmal in hundert Jahren vorkommen. „Und die Menschen begreifen nicht, dass ein Ereignis, das einmal in hundert Jahren vorkommt, jeden Monat an einem Ort auf der Erde oder jeden Monat an fünf Orten vorkommt. Davon gibt es Bilder. Wenn man das jetzt im Fernsehen zeigt, kann man den „Klimawandel“ mit etwas Dramatischem in Verbindung bringen“, sagt Lindzen. „Die Tatsache, dass sie so weit gehen mussten, um die Menschen zu überzeugen, deutet darauf hin, dass es sich um ein vorgetäushtes Problem handelt, denn sie bedienen sich eindeutig einer Methode, die man normalerweise als irreführende Werbung bezeichnen würde“, fügt er hinzu.

Link:

<https://clintel.org/britains-climate-crusade-is-creating-an-economic-disaster/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Rückzug von Trump aus UN-Klimaverträgen: Warum das UNFCCC nicht mehr funktioniert

geschrieben von Chris Frey | 28. Januar 2026

Stephen Eule

Hier erklärt der Autor, warum der Austritt von Präsident Trump aus dem UNFCCC-Klimaschutzabkommen gerechtfertigt ist und warum der globale

Klimaprozess grundlegend gescheitert ist.

Rückzug aus einem gescheiterten Klimaschutz-Abkommen

Die Entscheidung von Präsident Trump, die USA aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zurückzuziehen, war längst überfällig.

Der Vertrag, der von Präsident George Bush unterzeichnet und im Oktober 1992 vom Senat einstimmig ratifiziert worden war, hat zum Ziel, „gefährliche menschliche Eingriffe in das Klimasystem“ zu vermeiden, indem die größtenteils aus der Energieerzeugung stammenden Treibhausgasemissionen begrenzt werden.

Die strukturellen Mängel der UNFCCC von Anfang an

Von Anfang an war die UNFCCC ein unüberschaubares Durcheinander. Während die aus dem Vertrag hervorgegangenen Dokumente – das Kyoto-Protokoll, das Kopenhagener Abkommen und das Pariser Abkommen – im Mittelpunkt des konservativen Zorns standen, verstärken diese Vereinbarungen lediglich die vielen Mängel der UNFCCC. Sie spielt Entwicklungsländer gegen Industrieländer aus, weckt unrealistische Erwartungen, fördert bürokratische „Lösungen“ und ist Geldverschwendung.

Ein Vertrag, eingefroren in der Politik des Jahres 1992

Die UNFCCC sieht eine klare und feste Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vor, die auf den Grundsätzen der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ und der „historischen Verantwortung“ basiert. In der Praxis bedeutet dies, dass Entwicklungsländer nur wenige Verpflichtungen haben und ihre Maßnahmen weitgehend von der finanziellen Unterstützung durch die Industrieländer abhängig sind.

Die Konvention reflektiert jedoch die Welt vor drei Jahrzehnten, aber nicht die heutige Welt. Die Unterzeichner haben nicht berücksichtigt, dass die Entwicklungsländer nicht für immer arm bleiben würden.

Bedenken Sie, dass Chinas Wirtschaft seit 1992 um mehr als 1.000 % gewachsen ist und seine Emissionen um mehr als 250 % gestiegen sind. Das Land ist heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und der größte Emittent von Treibhausgasen. Dennoch gilt es in den Augen der UNFCCC immer noch als „Entwicklungsland“.

China ist kein Einzelfall. Auch Singapur, Südkorea, Saudi-Arabien und Katar sind in der UNFCCC als Entwicklungsländer eingestuft. Es gibt keine Möglichkeit, ihren Status im Rahmen des Vertrags zu ändern.

Warum Entwicklungsländer die Energiewende ablehnen

Arme Länder machen einfach mit. Sie haben wenig Interesse daran, sich mit dem Klimawandel zu befassen, und geben zu Recht dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Beseitigung der Armut Vorrang vor dem Klima. Sie sind mehr als glücklich, den Fortschritt mit Kohlenwasserstoff-Brennstoffen voranzutreiben.

Tatsächlich hat sich die viel gepriesene „Energiewende“ – das versprochene Ergebnis des Vertrags – als Illusion erwiesen. Daten der Internationalen Energieagentur zeigen, dass der weltweite Energiebedarf seit 1992 um beeindruckende 76 % gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum ist die Menge der pro verbrauchter Energieeinheit ausgestoßenen Kohlenstoffemissionen nur um 3 % [zurückgegangen](#), was zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen aus dem Energiesektor um 71 % geführt hat.

Dennoch haben weltweit etwa drei Viertel einer Milliarde Menschen keinen Zugang zu ausreichender Elektrizität, dem besten Indikator für das Wohlergehen einer Nation. Kohle wird insbesondere in Asien und Teilen Afrikas noch viele Jahre lang der bevorzugte Brennstoff für die Stromerzeugung bleiben. Wohlhabende Volkswirtschaften sind saubere Volkswirtschaften.

Ökologischer Anschein und Unklarheiten im Pariser Abkommen

Täuschung und Greenwashing sind auch in der UNFCCC weit verbreitet. Nehmen wir das Pariser Abkommen. Es fordert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf „deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen“. Obwohl der Vertrag nicht definiert, was diese Temperaturziele für die globalen Emissionen bedeuten, sagt die UNO nun, dass sie [bedeuten](#), dass „die Emissionen bis 2030 um 45 % reduziert werden müssen und bis 2050 Netto-Null erreichen müssen“, worauf sich die Vertragsparteien nicht geeinigt haben.

Tatsächlich lehnten die Vertragsparteien Entwürfe für konkrete Emissionsziele und Zeitpläne ausdrücklich ab, einschließlich Netto-Null-Emissionen bis 2050, weil sie genau wussten, dass ein solches Ziel unerreichbar war. Die Formulierungen zum Thema Temperatur im Vertrag sind nichts anderes als ein grüner Rorschach-Test.

Klimanotstands-Rhetorik versus institutionelle Lähmung

Im Widerspruch zu den Behauptungen einer Klimakrise arbeitet die UNFCCC im Schnecken tempo – nicht, dass die Ergebnisse das Warten wert wären. So dauerte es beispielsweise neun Jahre, bis sich die Vertragsparteien auf einen Wortlaut zur Umsetzung der Bestimmungen des Pariser Abkommens zum internationalen Emissionshandel einigen konnten. Die gleichen Vertragsparteien drängen auch auf eine Senkung der globalen Emissionen

um 40 bis 45 % in fünf Jahren. Wer will hier wen auf den Arm nehmen?

COP-Gipfeltreffen: Ideologie, Symbolik und politische Überreaktionen

Darüber hinaus müssen die USA bei jeder jährlichen „COP“-Konferenz extravaganten finanziellen Forderungen, Bestrebungen zur Schwächung des Schutzes geistigen Eigentums, Forderungen nach Klimareparationen, Aufrufen zur Beendigung des Fleischkonsums und anderen unsinnigen Ideen widerstehen.

Ein Eingeständnis politischer Absichten, nicht ökologischer Notwendigkeiten

Die vielleicht überzeugendste Begründung für einen Abschied von der UNFCCC lieferte jedoch Christiana Figueres, die während der Pariser Verhandlungen als Exekutivsekretärin der UNFCCC fungierte, als sie in einem Moment der Offenheit sagte: „Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir uns bewusst die Aufgabe stellen, ... das seit mindestens 150 Jahren, seit der industriellen Revolution, vorherrschende Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zu ändern.“ Das ist nicht das, was Präsident Bush unterzeichnet hat und was der Senat ratifiziert hat.

Warum der Austritt aus der UNFCCC den strategischen Interessen Amerikas dient

Die USA haben viel zu viel politisches und finanzielles Kapital in einen Prozess investiert, der für die Bewältigung des angeblichen Klimaproblems ungeeignet ist und oft den Interessen und Werten der USA zuwiderläuft. In einer Zeit, in der sich die USA mit China ein Wettrennen um künstliche Intelligenz liefern – ein Wettbewerb, der durch den Zugang zu erschwinglicher und zuverlässiger Energie geprägt ist –, ist die UNFCCC eine teure Ablenkung.

Es ist gut, dass wir aus dem Rennen sind.

This opinion piece was previously published on realclearenergy.org.

Stephen Eule is a visiting fellow at the [National Center for Energy Analytics](#). He's an energy sector expert, known for his work at the intersection of energy security, climate change, and technological innovation.

Link:

<https://clintel.org/trump-withdraws-from-un-climate-treaty-why-the-unfccc-no-longer-works/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Wie der „Stillstand“ der globalen Erwärmung ausradiert wurde

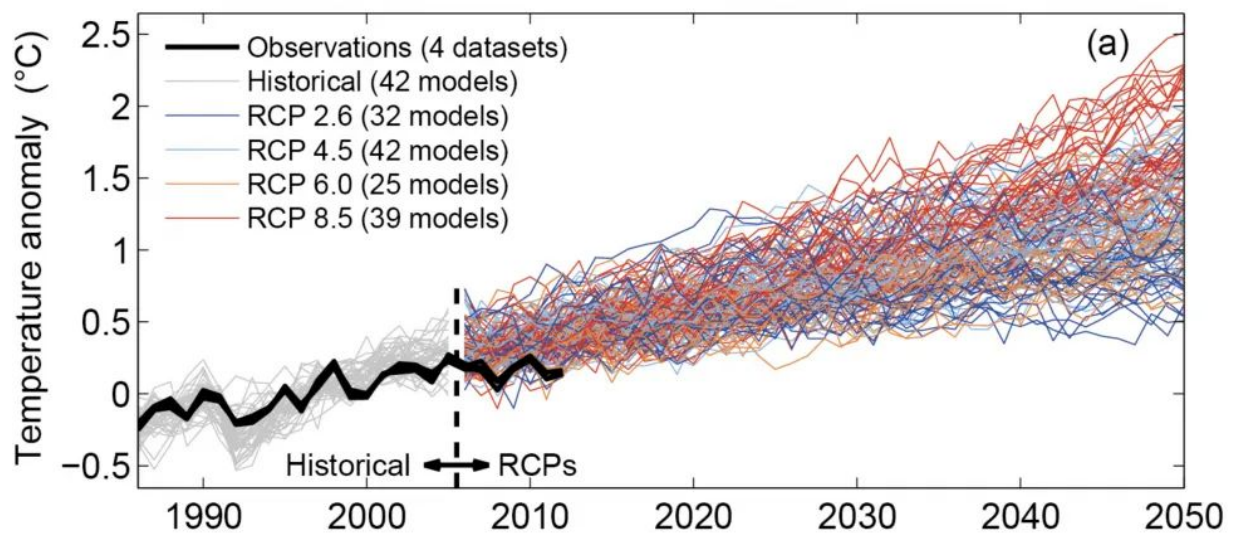
geschrieben von Chris Frey | 28. Januar 2026

Cap Allon

Anfang der 2000er Jahre prognostizierten Klimamodelle eine stetige Erwärmung. Als die Realität davon abwich, wurden die Daten geändert.

Unter Verwendung von HadCRUT3, einem der damals wichtigsten globalen Datensätze, war kein Jahr nach dem El-Niño-Höhepunkt 1998 wärmer als 1998 selbst, und zwar bis zum Jahr 2014. Diese Diskrepanz zwischen Prognosen und Beobachtungen wurde als „Pause“ oder „Hiatus“ bekannt.

Global mean temperature near-term projections relative to 1986–2005



Die Reaktion auf diese Diskrepanz bestand nicht darin, die Modelle zu überarbeiten, sondern die Daten.

Als die gemessenen Temperaturen nicht wie prognostiziert stiegen, ging man davon aus, dass die Aufzeichnungen unvollständig waren. Die Lösung bestand darin, sie neu zu erstellen. HadCRUT3 wurde durch HadCRUT4 ersetzt, zusammen mit einer Reihe methodischer Änderungen, wodurch die jüngsten Temperaturen systematisch nach oben und die früheren nach unten korrigiert worden sind.

Es wurden mehr Wetterstationen in der Arktis hinzugefügt, der sich am schnellsten erwärmenden Region der Erde, wodurch deren Einfluss auf den globalen Durchschnitt stieg. Gleichzeitig wurden einige Stationen in Regionen mit schwacher Erwärmung oder sogar Abkühlung, darunter Teile Südamerikas, entfernt oder weniger stark gewichtet. Die

Meerestemperaturen wurden neu berechnet, wobei ältere Schiffsmessungen angepasst und die Einbeziehung von Bojendaten geändert wurden, was zu höheren aktuellen Meerestemperaturen im Vergleich zur Vergangenheit führte.

Die Homogenisierungs-Verfahren wurden auf Land- und Meeresaufzeichnungen ausgeweitet. Diese Algorithmen sollen nicht-klimatische Einflüsse wie Stationsverlegungen oder Instrumentenwechsel korrigieren, aber ihre Nettoauswirkung war konsistent: Frühere Temperaturen wurden gesenkt und spätere Temperaturen angehoben, wodurch der langfristige Trend steiler wurde. Große Gebiete mit spärlichen oder keinen direkten Messungen, insbesondere in der Arktis, wurden dann mit statistischen Schätzungen auf der Grundlage von Daten aus der Umgebung aufgefüllt, wodurch Regionen, in denen es keine Thermometer gab, effektiv Temperaturen zugewiesen wurden.

Entscheidend ist, dass diese Änderungen nicht nur neue Messungen für die Zukunft betrafen. Mit jeder Aktualisierung wurden auch die vergangenen Temperaturen revidiert. Sie wurden wiederholt nach oben korrigiert, wodurch sich die Lücke zwischen Beobachtungen und Modellprognosen allmählich schloss und der flache Abschnitt, der die Pause definiert hatte, verschwunden ist.

Die „Pause“ verschwand nicht, weil Klimamodelle die zukünftige Erwärmung erfolgreich vorhergesagt hatten. Sie verschwand, weil die Beobachtungsdaten geändert wurden, um sie besser an die Modelle anzupassen. Die Modelle wurden als feststehend behandelt. Die Messungen wurden als anpassbar behandelt. Die Klimaille kehrte die wissenschaftliche Methode um.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/back-to-back-arctic-blasts-for-us?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Tschechiens neuer Umweltminister Macinka: „Klimakrise ist beendet“

geschrieben von AR Göhring | 28. Januar 2026

Die neue Prager Regierung unter Ministerpräsident Andrej Babiš (Babisch) ist betont konservativ. Folgerichtig erteilt der neue Umweltminister Petr Macinka der grünen Klimapolitik eine Absage.

Macinka ist Chef der Partei *Motoristé sobě*, deutsch *Autofahrer unter sich* oder *Autofahrer für sich selbst*, außerdem ist er ein Sprecher des liberalen Václav-Klaus-Instituts.

Im tschechischen Fernsehen sagte Macinka nach der Vereidigung:

„Ich möchte die tschechische Öffentlichkeit beruhigen und sagen, dass – im übertragenen Sinne – mit diesem Tag die Klimakrise in der Tschechischen Republik beendet ist (...) Ich weiß nicht, ob das die Aktivisten beruhigen wird, aber die Klimakrise ist vorbei.“

Aktivisten brauchen aber die Krise als Rechtfertigung für hohe Einnahmen aus Spenden und Steuern. Prompt stand eine Demonstangruppe vor dem Umweltministerium und Greenpeace kletterte wie gewohnt an der Fassade hoch und hängte ein Plakat daran: „Laßt uns die Natur verteidigen“. Auch an anderen Orten in Tschechien demonstrierten Studenten und Aktivisten gegen Macinkas Amtsübernahme am 15. Dezember 25. Prag war in den vergangenen Jahren die einzige Hauptstadt der ostmitteleuropäischen Länder der Visegrád(Plintenburg)-Gruppe, in der nennenswerte Fridays-for-Future-Demos stattfanden. Die Visegrád-Länder widersetzen sich ansonsten konsequent der grünen west-/nordeuropäischen Politik.